

Antrag 97/I/2025**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Leitantrag (Konsens)****Begrenzung der Mieterhöhungen bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften**

- 1 • Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften
- 2 werden verpflichtet, ab dem 01.01.2026 die jährli-
- 3 chen Mieterhöhungen auf maximal 2 Prozent pro
- 4 Jahr und pro Wohnung zu begrenzen.
- 5 • Die bestehende Regelung, die Mieterhöhungen von
- 6 bis zu 11 Prozent alle drei Jahre erlaubt, wird aufge-
- 7 hoben.
- 8 • Für einkommensstärkere Haushalte wird die mittel-
- 9 bare Fehlbelegungsabgabe eingeführt.

10

Begründung

12 Die derzeitige Regelung, die Mieterhöhungen von bis zu
13 11% innerhalb von drei Jahren erlaubt, übersteigt die fi-
14 nanzielle Belastungsgrenze vieler Berliner*innen und wi-
15 derspricht der sozialen Verantwortung der landeseigenen
16 Wohnungsbaugesellschaften und der regierenden Partei-
17 en. Diese Erhöhungsrates liegt weit über den durchschnitt-
18 lichen Lohnsteigerungen und den finanziellen Möglich-
19 keiten eines Großteils der Bevölkerung.

20

21 Besonders betroffen sind Arbeitnehmerinnen ohne Tarif-
22 bindung. Aktuelle Daten zeigen, dass nur 43% der Ber-
23 liner Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben arbei-
24 ten. Weitere 8% werden nach Tarif bezahlt, obwohl ihr Be-
25 trieb nicht tarifgebunden ist. Insgesamt profitieren ledig-
26 lich 51% der Arbeitnehmerinnen in Berlin von tariflichen
27 Lohnerhöhungen – ein Anteil, der deutlich unter den Vor-
28 gaben der EU-Mindestlohnrichtlinie liegt, die eine Tarif-
29 bindung von mindestens 80% fordert.

30

31 Die Situation verschärft sich durch steigende Lebenshal-
32 tungskosten und Nebenkosten, die häufig über den für
33 viele Berliner*innen erreichbaren Lohnsteigerungen lie-
34 gen. Besonders im Niedriglohnsektor führt dies zu einer
35 wachsenden finanziellen Belastung, die durch die derzei-
36 tige Mietpolitik weiter verstärkt wird.

37

38 Die vorgeschlagene Begrenzung der jährlichen Mieterhö-
39 hungen auf maximal 2% ab dem Jahr 2026 sowie die Rück-
40 führung bereits ausgesprochener Erhöhungen auf maxi-
41 mal 2,9% für die Jahre 2024 und 2025 tragen dazu bei,
42 die Wohnkosten in Berlin bezahlbar zu halten. Dies ent-
43 spricht der sozialen Verantwortung der landeseigenen
44 Wohnungsbaugesellschaften und für die Mietenpolitik
45 für die die SPD steht und stärkt das Vertrauen der Berliner
46 Bevölkerung in eine gerechte Wohnungspolitik.

47 Diese Maßnahmen sind notwendig, um den sozialen Frie-

48 den in Berlin zu sichern und die Lebensqualität aller Berli-
49 ner*innen langfristig zu gewährleisten.